

Roten Kampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis pro Jahr monatlich 11 M. Durch die Post monatlich 11 M. Eine Jahrgangssubskription 120 M. Geschäftsstelle: Postfach 14, General 1047, Gasse 7-9 Uhr. Erscheinungstag: Januar 1922. Druckzeit: 12-1 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 100 Pf. für den Halbjahres- und 500 Pf. für den Jahrespreis, einschließlich der drucktechnischen Ausgaben bis zum 1. Januar 1922. 5 Uhr abends, größere tags vorher. - Postfachamt: Postg. 1068 H., Postfach, Halle.

Einzelpreis 50 Pf.

Mittwoch, den 25. Januar 1922

2. Jahrgang, Nr. 21

Auf dem toten Punkt

Berlin, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Regierungsgesetze dauern auch heute an. Bürgerliche Parlamentarier können zu keiner Lösung der Steuerfrage kommen. Die SPD. wendet sich nach wie vor hilflos und an die Unabgänger, die sie heute nachmittags zu einer Sitzung beim Reichsanwalt gebeten worden sind. Die Deutsche Sozialpartei erklärt, daß die Steuerentwürfe eine Zwangsangeleihe in der Höhe von einer Milliarde Reichsmark mit verzinslichen Zinsen. Die Morgenblätter von heute sind noch vollständig vertrieben und unerschaffen über den Ausgang der Krise, um so mehr, als die Freitag die Entscheidung gefällt sein muß.

Die für Dienstag erwartete Erklärung des Reichsfinanzministers wird zur Einleitung der großen Debatte über das Steuerkompromiß, in denen endlich die im Dunkel der parlamentarischen Kulisserie gezeigte Kompromißgeburt ins Licht der Kritik im Plenum des Reichstags gestellt werden sollte, mußte unterbleiben, da die Verhandlungen zwischen den Parteien noch nicht zu einer Verständigung geführt hatten. Nachdem sich die SPD-Führer in der Frage der Ersetzung der Gewerke zum 1. April entschlossen und sich auf die „Zwangsanleihe“ zurückgezogen haben, schied sich offenbar das Zentrum an, diesen Erfolg seiner Politik in weiteren aufstrebenden Punkten gehörig auszunutzen. Der „Vorwärts“, der jetzt die Zwangsangeleihe mit ebensolcher Wärme vertritt, wie er noch bis vor wenigen Tagen die Ersetzung der Gewerke gefordert hatte, glaubte vor den SPD-Arbeitern den Verzicht auf die Gewerke am besten dadurch rechtfertigen zu können, indem er die Zwangsangeleihe als Ersatz für diese, als ein „sichtbares Opfer der Wählenden“ darstellte. Dieses „Opfer“ sollte darin liegen, daß die Wählenden die Zinsen für sie besteuern sollten. Die Wählenden sollten zur Herabsetzung der Zinsen gezwungen werden und sich gegenständig die Zinsen zahlen. Zum Preis sollte schließlich dann die Zwangsangeleihe durch Besteuerung der Wählenden getilgt werden, so daß die Amortisation ebenfalls die Besteuerung angeht, auf Kosten der Wählenden erfolgt wäre. Obwohl dieser Plan auf Zustimmung der Arbeiter beruht ist, denn die Kapitalisten würden es erfahrungsgemäß verstanden haben, die aufzubringenden Zinsen und Zinsgewinnen ohne weiteres in kürzester Zeit auf die Konsumenten voll und ganz abzumwälzen, jetzt das Zentrum jetzt dem Plan den schärfsten Widerstand entgegen. Es stützt sich dabei auf die Deutsche Volkspartei, die wie die bürgerliche Presse behauptet, bereit ist, „unter gewissen Umständen“ für das Steuerkompromiß zu stimmen. Diese „gewissen Umstände“ bedeuten, daß wenn die Wählenden die Zinsen geben, die breite Masse der Arbeiter durch Steuern auf den Konsum in die Zinsen und die Tilgung des Zinses fallen. Der „Vorwärts“ gibt das in seiner heutigen Morgenausgabe zu, indem er schreibt:

Am Vorabend der Verhandlungen dürfte die Frage stehen, ob die Zwangsangeleihe von den Wirtschaftskreislauf aus in der normalen Höhe oder nach dem in erheblich reduzierterem Umfang — zunächst gar nicht — verzinst werden soll. Es hat sich übrigens herausgestellt, daß nicht nur über das Hauptkapital, die Zwangsangeleihe, erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, sondern auch über andere Fragen, wie über die Höhe einzelner Steuern und Zinsen, die im Umfang der der Gesellschaften, die Bemessung der Grundstücke bei der Bemessung der Vermögenssteuer.

Die ganze Sache stellt sich nach allem so dar: Wenn die von Stinnes vertretenen Wirtschaftskreise die „Zwangsangeleihe“ hergeben, die sie verzinst und getilgt werden muß, dann haben sie ihre „Opfer“ gebracht. In das Steuerkapital denkt das Kapital nicht; das bleibt der breiten Masse der Arbeiter, Angehörigen und Beamten überlassen. Die Demokraten und das Zentrum (soweit wie die Sozialpartei stellen sich also klar und unabweislich im Prinzip so: Die kapitalistische Ausbeuter- und Profitgesellschaft muß unter allen Umständen unangewandt bleiben. Ihre Erhaltung vertritt ferner die Stellung und Eingriffe in die Wirtschaft und muß deshalb auf Kosten der Arbeiterschaft erfolgen.

Damit ist der Steuerfußhandel wieder auf dem toten Punkt angelangt. Das Zentrum ist also entschlossen, im Kampf um die Zwangsangeleihe, die Sozialdemokratie jetzt führt, seine sozialistischen Koalitionspartner zur Aufgabe der letzten Scheinpositionen zu zwingen, die sie zur Verfechtung der Arbeiter hatten zu müssen geblieben. Es geht ums Ganze! Schreibt die „Germania“ in ihrer heutigen Morgenausgabe. Wir verlernen durchaus nicht die schwierige Lage, in der sich die Sozialdemokratie befindet. ... aber wir dürfen nicht um der Theorie willen uns zu Forderungen verpflichten, von denen Realisierbarkeit wir nicht überzeugt sein können. Das heißt mit anderen Worten: Die Logik der Dinge der

Koalitionspolitik erfordert jetzt eine glatte Kapitalisation vor Stinnes!

So sehen sich die SPD-Führer, die die Ersetzung der Gewerke aufgaben, weil sie dem Kampfe seiner Konsequenzen wegen feige ausweichen wollten, erneut vor die Frage gestellt, ob sie kämpfen oder siege in Eisen und die Koalition mit Stinnes eingehen wollen.

Für die Arbeiterschaft aber ist die Lage klar: Ob die Zwangsangeleihe verzinst oder unverzinst durchgeführt wird, ob die Zinsen die Kapitalisten sich gegenständig „bezahlen“ oder ob sie durch Besteuerung des Massenfortums aufgebracht werden: In jedem Falle sind die Arbeiter diejenigen, die bluten müssen! Nach wie vor geht deshalb die Forderung der Arbeiter: Ersetzung der Gewerke, Kontrolle der Produktion und der Preise! Die Kommunistische Partei zeigt der Arbeiterschaft den Weg zur Durchföhrung dieser Forderungen. Jetzt muß es heißen: Keine Koalition mit den Bürgerlichen! Abschaffung des Steuerkompromisses! Arbeiterregierung.

Abschaffung des Reichstags mit der Parole: Alle Voten auf die Wählenden!

Rechtssozialistische Zuhälterei

Berlin, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Im Reichstags Landtag haben gestern die Rechtssozialisten für die Straferhebung des Genossenschaftsgeheimnisses gestimmt. Es wurde die sofortige Inkraftnahme beschlossen.

Damit hat die rechtssozialistische Landtagsfraktion wieder eine politische Familie jenseitig gebracht und der Nationalität neue Zuhälterei geschaffen. Und das mit der heuchlerischen Begründung: Der Schutz der Immunität der Abgeordneten muß weichen, wo der Schutz noch höherer Interessen in Frage steht!

Sieht es denn nicht die Arbeiterschaft höhere Interessen, als den Kampf gegen die Bourgeoisie? Gibt es denn für die Fraktionen der Reichstagsparlament im Parlament höhere Interessen, als die Kampfer zu schlagen, die im Kampfe gegen die Bourgeoisie verfallen werden? Doch die höheren Interessen der rechtssozialistischen Führer bestehen darin, daß dem Bürgertum immer wieder als „vernünftige Männer“ zu empfehlen.

Der Dollar steigt

Die Währungsämter wittern Morgenluft. Die Entwertung der Reichsmark nimmt immer größere Ausdehnungen an. Heute mittags stand der Dollar 215 und zeigt Tendenz zum weiteren Steigen.

Ein Ultimatum der Reichsgewerkschaft an die Regierung

Wie das „L. A.“ mitteilt, hat der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnarbeiter und Auswärtiger zu den von der Regierung gemachten Zugeständnissen in der Frage der Lohnersatzungsbüchle und zu dem Arbeitzeitsgesetz Stellung genommen und beschlossen, ein bestimmtes Ultimatum an die Reichsregierung zu richten, in dem sie sofortige Verbesserung der Einkommensverhältnisse, insbesondere der Erhöhung des Gehältes der unteren Gruppen verlangt und das Arbeitszeitsgesetz abgelehnt wird. Der Verzicht erfolgte gegen die Sozialdemokraten, das heißt, ohne vorherige Abstimmung.

Nachheuteile an Rotgardisten

In München wurden fünf ehemalige Rotgardisten wegen eines Todesurteils des Revolutionstribunals in Miesbach, das sie vollstreckt hatten, zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt — wegen Wehrloshaltung zum Landsturm. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Die Anklage hatte auf Mord gelaufen. Der Staatsanwalt hatte gegen alle fünf Angeklagte die Lebensstrafe beantragt. Selbst gegen den, den das Gericht wegen mangelnder Beweise freisprechen mußte, aber mit ehemaligen Rotgardisten macht die Wehrloshaltung geringen Preß und sie befördert sie am liebsten zum Landsturm in den Tod, während sie den Mörder von Landwehr, Garis und ungehorsam und hoch in Ehren hält. Sie führt nur immer wieder mit jederlei unethischen Bemerkungen resultierender Zeitschmerz der Reichsregierung, Rotgardisten und andere „Kampfer“ auf, um ihren Knecht zu hüben.

10 000 Bergarbeiter im Ausstand

Nach Meldung des „L. A.“ aus Prag befinden sich im Falkenauer Bergrevier 10 000 Arbeiter im Ausstand. Heute beginnen im Arbeitsministerium Einigungsverhandlungen mit den Bergarbeitervertretern.

Der Kampf der sächsischen Eisenbahner

Leipzig, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Ergebnis der Streikabstimmung der Eisenbahner: 2900 für den Streik und 400 dagegen.

Trotz der gemienen Hehe der bürgerlichen Presse, trotz des Terras der Gewerkschaftsbureaueintritte und der Sabotage der sozialdemokratischen und unabhängigen Presse stehen die sächsischen Eisenbahner unerschütterlich zum äußersten entschlossen, im Kampf.

Damit die Generaldirektion der sächsischen Eisenbahnen durch Anschlag bekannt gab, daß für sie die Streikleitung nicht berechtigt, was sie doch gestützt, von der Streikleitung die Genehmigung einzuholen, Milch-, Lebensmittel- und Kohlenzüge fahren zu lassen. Dagegen ist auch die Streikleitung offiziell mit der Generaldirektion in Verbindung gekommen, um die Sache der streikenden Eisenbahner zu vertreten.

Die Berichte über Unstimmigkeiten in der Streikleitung, insbesondere über den Rücktritt des SPD-Kollegen Umbros, entstehen jeder Grundlage. Es ist vollkommen aus der Luft gezogen, daß die bekannten Kommunisten Siemerer und Kerner die Führung der Streikleitung übernommen haben. Wichtig ist vielmehr, daß die Streikleitung sich zusammensetzt aus sechs SPD., fünf USP. und vier KPD-Kollegen.

Die Streikleitung machen sich bereits bemerkbar. Das Betriebsamt des Rates der Stadt Dresden meldet am 25. Januar, daß infolge des am 21. Januar 1922, mittags 12 Uhr, eingetretenen Eisenbahnstreikes die Zuföhrung von Kohlen zu den sächsischen Gaswerken unmöglich geworden ist; da die Gaswerke auch über Kohlenvorräte nicht verfügen, wird wahrscheinlich der Betrieb am 23. Januar 1922 eingestellt werden müssen.

Dies zwingt auch die Behörden zu einer weniger anmaßlichen Sprache gegenüber den streikenden Eisenbahnern, besonders, da auch die Deutungen mit Maßregelungen wirtenschaftslos bleiben.

Das Reichsverkehrsministerium scheint so langsam zur Einsicht zu kommen, daß man mit Gewalt in die Sache eine solche Bewegung nicht niederschlagen kann! Dies geht aus folgender Mitteilung des „Sächsischen Volksboten“ hervor:

Berlin, 24. Januar. Der Eisenbahnstreik in Sachsen ist noch nicht beendet. In den Gebieten Dresden, Pirna, Zwickau und Rochlau geht der wilde Streik weiter. Der Eisenarbeiter ist nun großen Teil in Mitleidenschaft gezogen. Der Reichsverkehr wird nachteilig aufgeschwächt. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß man vom Verkehrsministerium aus nicht in der Lage sei, auf den Streik einzurücken,

aber darauf hinweist, daß der Präsident der Generaldirektion verstanden habe, daß alle Streikenden, die nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt die Arbeit wieder aufnehmen, entlassen würden.

Die streikenden Eisenbahner sind der festen Zuversicht, daß sich ihnen immer größere Massen anschließen werden und daß sie so die Regierung zum Nachgeben zwingen werden. Erneut rufen aber die Eisenbahner den Ruf an die gesamte deutsche Arbeiterschaft, ihnen in ihrem schweren Kampfe beizustehen. Die Gewerkschaftsbureaueintritte aller Eisenbahnverbandsverbände arbeitet mit allen, selbst den verwerflichsten Mitteln, um die Bewegung abzuwürgen. Die Presse der Sozialdemokratie und der Unabhängigen unterstützt sie dabei in jeder Weise. Während der „Vorwärts“ in seinen Seiten letzten Nummern keine Zeile über den Streik bringt, die Bewegung also fast gänzlich mißachtet, ist die „Freiheit“ ihren Lesern nur die bürgerlichen Vorgehensweisen auf, nach denen die Arbeiter glauben müssen, der Streik sei erledigt. Dem ist aber nicht so.

Es gilt vielmehr, alles zu tun, um den Eisenbahnern zum Sieg zu verhelfen.

Die Arbeiterschaft muß mit ihrer Solidariät die Streikenden unterstützen, damit die kapitalistische Regierung gezwungen wird, den berechtigten Forderungen aller Staatsbediensteten zu entsprechen.

Dresden, 25. Januar. (M. A.) Das Eisenbahnrevier zwingt gilt der Eisenbahner als Zusammenbruch. (1) Das Personal ist größtenteils (2) wieder zur Arbeit erschienen, obwohl von einer gesetzlichen Durchführung des Betriebes noch nicht gesprochen werden kann. Die Eisenbahndirektion hat nun Lack verweigert, Kohlenmehl enthält die Schmelzschmelzen, die das mit einem Streikmehl enthält mit dem Streikmehl verbunden sind. Die Eisenbahner werden mit dem Streikmehl verbunden sind.

Man sieht aus dem Gerücht vom „Zusammenbruch“ des Streiks in Dresden, daß die bürgerlichen Berichte sich abzuheben, den Streik durch Schwund loszumachen. Der zweite Teil der obigen Meldung bestätigt den ersten. Die Wirkungen des Ausstandes werden immer sichtbar.

Von Washington bis Moskau

OE. Moskau, 24. Januar. Am 22. Januar fand in Moskau die Eröffnung des Kongresses der Werktätigen des Fernen Ostens statt. circa 200 Delegierte sind eingeladen, davon 150 direkt aus Japan, China, Korea, der Mongolei und von den Inseln des Stillen Ozeans. 40 Prozent der Delegierten sind Kommunisten, der Rest Anhänger verschiedener sozialistischer und national-revolutionärer Parteien.

Den Kongress eröffnete Eisnowan im Namen der 3. Internationale mit einer Begrüßungsansprache. „Die Führer der Internationale 2 und 3/4 greifen uns an“, sagte er, „weil wir die Massen Ostens in den Kampf für die soziale Revolution hineinziehen. Es war gerade unser Fehler, daß wir dem sozialistischen Proletariat zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet haben, daß wir dieses fortan zum Mittelpunkt unserer Arbeit. Die sozialistische Politik der Arbeiterklasse und wird daher besonders eifrig von der 3. Internationale studiert werden.“ Am Namen der japanischen revolutionären Bewegung sprach Katayama; ferner der Vertreter Koreas, King, die bekannte chinesische Schriftstellerin Wang, der Vertreter der kommunistischen Partei Indiens, Kuo.

In diesen Tagen wird in Moskau der Kongreß der Vertreter der unterdrückten werktätigen Massen des Fernen Ostens eröffnet. Die Resultate der Washingtoner Konferenz liegen auf der Hand: der japanische Imperialismus hat den ersten Schock erlitten — er hat Charakorbischof und führt einen Angriff auf die Republik des Fernen Ostens aus.

Nach diesem Handeln wies man ihm keine Einflußsphäre an, und sofort beizte er sich, von seinem Kruzienrecht Gebrauch zu machen.

Die Washingtoner Konferenz hat die letzten Maßnahmen gegen die gemäßigten östlichen Kreise herbeigeführt. Von dem durch den japanischen Militarismus und das japanische Kapital als Hauptgegner des Korea war überhaupt nicht die Rede. Man hielt für einen, von japanischen Händen ermöglichten Zugewinn — überging es mit Stillherrschaft. Washington hat den unterdrückten Massen des Fernen Ostens noch einmal den Weg nach Moskau gezeigt.

Die weltberührenden Kapitalisten wußten, was die Verträge von Versailles, von Sevres und die anderen, mit herrlichem Lajonett geschriebenen Verträge zur Folge hatten. Bis jetzt können sie mit den Früchten ihres Sieges nicht fertig werden! Und nichtsdestoweniger haben sie ein neues Weltregiment beschlossen.

Dem Moskauer Kongreß des Fernen Ostens steht eine große Arbeit bevor. Auf ihm werden die Vertreter der erweckten japanischen Arbeiterklasse, der revolutionären und kommunistischen Organisationen Chinas und Koreas, der revolutionären Mongolei anwesend sein. Es werden eine gemeinsame Sprache finden; sie haben sie schon gefunden, weil der japanische Imperialismus dem noch der Soldatas, der Gendarm und das Kapitalismus niedergedrückten japanischen Proletariat ebenso verhaftet ist, wie dem koranischen Bauern; weil die werktätigen Massen Chinas sehr gut wissen, daß der über vermeintliche Erdölreserven verfügende amerikanische Imperialismus ihnen nichts Besseres und Größeres verheißt, als der japanische Militarismus; weil die Interessen der unterdrückten Nationen mit dem Interesse des internationalen Proletariats zusammenfallen. In Korea wird der verhafteten Proletariaten ein bittere Draht durch die Handfläche gezogen und auf diese Weise werden sie zusammengebunden. Die Lage der japanischen Proletariats ist nicht besser; der Terror der Regierung und die wirtschaftliche Selbstzerstörung wüten im heutigen Japan nicht weniger, als sie im alten zaristischen Rußland gemüht haben. In China sind die künftigen Militärgouverneure — Du-Shun — (leder hat keine Arme und jeder ist Selbstherrschter im Bereiche seiner Einflusssphäre) das wichtigste Verhängnis des Landes und der Gewalt. In Korea wüten die faukeren Gutsbesitzer-Elemente genau dieselbe Rolle. Der moralische Selbstherrschter, Hwang-Sun-Pin, der über das Schicksal Nordchinas entscheidet, versucht in der Eigenhaft eines Dieners des japanischen Imperialismus, die von Ungern befreite Mongolei zu verdrängen. Und so weiter, und so weiter.

Von welcher Seite man sich auch bemüht, das verwickelte Knäuel der Galle, Intrigen und Spionagemereien im Fernen Osten zu entwirren — überall köpft man auf die Ueberbleibsel der feudalen Ordnung, die von internationalen Imperialismus unterhütet werden.

In Korea ist der Kampf um die nationale Befreiung zugleich ein Kampf gegen die koranische feudale Aristokratie. In China führt die auf bäuerlicher Grundbesitz beruhende linksbürgerliche Gesellschaft einen verzweifelten Kampf gegen ihre feudalt-aristokratische Schale, die immer noch ihre Entwicklung hemmt und untergräbt. Japan ist eine Großmacht des hochentwickeltesten Kapitalismus, jedoch auch dort ist die erste Aufgabe der Arbeiterklasse der Kampf um das Koalitionsrecht des Proletariats, um die Schaffung einer breiteren Basis für die Massenorganisation der werktätigen Massen.

In Japan kann die sozialistische und die Arbeiterbewegung sich bereits einer langwierigen, beharrlichen inneren Arbeit nähern; die Massenorganisation des Proletariats ist dort aber erst im Werden begriffen. Die kommunistische Partei beginnt eben erst, Fußfangung mit den Massen zu nehmen. In China bestehen bereits bedeutende Kadres des Proletariats, die Arbeiterbewegung und die kommunistische Partei aber machen ihre ersten Schritte. In Korea entstand die kommunistische Partei als Ergebnis des Wachstums der nationalrevolutionären Bewegung und verfügt über eine noch kleinere Erfahrung.

Nichtsdestoweniger hat der Kommunismus sowohl in Japan als auch in China und Korea bereits seine Grundpfeiler gefunden.

Außer den Vertretern der jungen kommunistischen Organisationen werden auch die Vertreter der national-revolutionären Organisationen Chinas, Koreas und der Mongolei nach Moskau kommen. Im Kampf mit dem Imperialismus ist die nationale Revolution die erste unauflösbare historische Etappe in der unterdrückten Ländern des Fernen Ostens. Von der Kraft der Organisation, von der Stärke des Einflusses der kommunistischen Elemente auf die Massen und ihrer Verbindung mit den Massen wird es in Zukunft abhängen, ob der Kampf nach „christlichem Ritus“ verlaufen, oder ob er verlangsamt und eschemmt werden wird. Die internationale Lage ist eine solche, daß jeder Tag neue Ueberwälzungen bringt und daß jeder Tag aus dem Funken eine Flamme machen kann.

Rußland greift aus Japan, China und Korea nicht diejenigen nach Moskau kommen, die in Washington waren. Es werden diejenigen kommen, die schon lange vorher ihre Wahl zwischen Moskau und Washington getroffen haben. Sie werden bei unterdrückten, werktätigen Massen des Fernen Ostens helfen, ein für allemal, unwiderruflich und endgültig zu wählen. G. S. Safarov.

Gewerkschaftsbewegung

Dihmann und der DMB für den Kampf um die Sachwerte

Kor einer gutbeachteten Veranlassung der Berliner Metallarbeiter-Funktionäre sprach am Montag Robert Dihmann über die zehn Forderungen des DMB. Während die „Freiheit“ den Inhalt der WSA zur Frage des Steuerkompromisses vorbereitet, richtete Dihmann scharfe Angriffe gegen die SPD und ihre Koalitions- und Kompromisspolitik. Nach einem Bericht der Berliner Presse führte Dihmann u. a. aus:

„Die neuen Steuern, die augenfällig Gegenstand eines Kompromisses sind, werden die Lebenshaltung der Arbeiterschaft enorm verschlechtern. Ich und immer darf die Arbeiterschaft dem zustimmen, sondern es müssen die zehn Punkte des DMB, in dem Vordergrund gestellt werden. Sie sind keine Fiktion, die bei dem Weiter herausgestellt wird, sondern sie müssen als Kampfpunkte der Arbeiterklasse gelten. Wenn man sich mit einem Steuerkompromiss befähigt, der dem Arbeiter nicht guttun, so müssen wir sagen, die Arbeiterschaft hat dieses Treiben nicht. In dem Augenblick, wo die 3/4 Millionen der WSA und der WSA- und des DMB den Widerstand leisten, die Regierung in der Lage, gegen die Arbeiterklasse zu regieren. Wenn sich die Gewerkschaftsführer einig für den geschlossenen Kampf gegen das konzentrierte Kapital, dann wäre die Sache der Arbeiterschaft einen großen Schritt vorwärts.

Die Millionen müssen aufstehen und ihre Forderungen zum Handeln zwingen. Es gelang, die Forderungen zu 25 Prozent durchzusetzen, daß das Recht eines Kindes in die Hand bekommen.

Der DMB und der WSA- und des DMB sind vereint, selbst ihre Kräfte einzusetzen für die Durchführung der zehn Forderungen. Die Verbindung auf die drei sozialistischen Parteien, ist ein Ausweichen vor dieser Verpflichtung. Die Arbeiterklasse im ganzen Lande müssen in Verhandlungen und Demonstrationen ausgetreten werden. Im Ganzen des DMB, herbeiführt jeder seine Einmütigkeit über das Vorgehen. Wir müssen demgegenüber eine Klärung auf das Parteiviel legen: Es hat es nicht mehr weitergehen. Ich und die Metallarbeiterverband haben keine Zeit mehr, Trügefabe für die Fehler des DMB zu sein. Nur im gemeinsamen Kampf kommt die Arbeiterschaft wieder zusammen.

Ein Stimmi muß folgende Resolution angenommen: Die Funktionäre der Regierung, der Verwaltung, der WSA, des DMB, nimmt mit dem Reichstag zusammen (sowie mit den Reichskämfern des erweiterten Reichs) betreffs der zehn Forderungen überein. Die Beschlüsse verlangen, daß DMB, WSA- und WSA- und mit aller Entschiedenheit an den zehn Forderungen festhalten. Alle proletarischen Kräfte müssen ausgelöst werden, um sie planmäßig einbringen im Kampf und gehen Ringen zur Durchführung der zehn Forderungen. Die Funktionäre gehen mit einem Nachdruck, geschlossen und in traffischer Schicht die Gewerkschaften in ihrem Kampfe zu unterstützen und die noch zurückbleibenden Arbeiter den freien Gewerkschaften zuzuführen.“

Die Ausführungen Dihmanns lesen sich, als wären sie der kommunistischen Presse entnommen. Wir wissen nicht, ob er seine Worte ernst meint, oder ob er vielleicht erst jetzt durch den Bankrott der sozialistischen Koalitionspolitik zur besten Einsicht gekommen ist, oder ob er aber gar letzten Endes die radikalen Ausführlungen nur angenommen hat, um die Metallarbeiter einzustellen. Jedenfalls hätte er Anfang Dezember auf dem Reichstagskongreß in Leipzig viel bessere Gelegenheit gehabt, seine Worte in Taten umzusetzen zu sein. Doch wollen wir uns in der heiligen, für die Arbeiter so bebrochlichen Situation nicht um Vergangenes streiten. Dihmann und seine Freunde haben auch jetzt noch Zeit, zu hebewissen, daß es ihnen wirklich ernst mit ihren Forderungen ist. Jedenfalls hat er als Vorkämpfer der größten deutschen Gewerkschaft die beste Gelegenheit, sich für die in die positive Politik des DMB, einzusetzen.

Wir werden sehen, wie er sein Wort hält. Nach seinem Verhalten in Halle müssen wir allerdings daran zweifeln.

Kommunistischer Erfolg bei der Betriebsrätewahl der Metallarbeiter

Berlin, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den Betriebsratswahlen der Metallarbeiter haben die Kommunisten 540 Stimmen gewonnen, SPD, und USPD, je einen Sitz abgenommen. Die Christlichen haben ganz aus.

Der Kampftag gegen die Metallarbeiter Medienbüros

Am 20. Januar behäftigte sich der Geschäftsausstellungs Komitee mit den Forderungen der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Medienbüros.

Der Schiedspruch lautete: Der Grundlohn von 4,10 M. wird erhöht auf 4,25 M. Die Zulagenzulage fällt weg. (Das heißt aber, der bisherige Gehaltlohn bleibt bestehen.) Ferner kommt ab 1. Januar 25 Pfg. Zuschlag, also 5,60 M. Ab 1. Februar 60 Pfg. Zuschlag also 6,10 M.

Dieser langandauernde Schiedspruch, der gemessen an der Kaufkraft des Geldes, einen sehr schiefen bringt, wie er bisher war, der also lediglich einseitig die Interessen der profitierbaren medienbürosischen Metallindustriellen vertritt, wurde gefüllt unter dem Vorwand des Arbeitervertreters und sozialdemokratischen Stadtrats Weener, Geschäftsführer der Philharmonie.

Der Spruch wurde von beiden Parteien noch nicht angenommen und es wurde ihnen eine Frist bis zum 27. Januar gegeben.

Die beteiligten Epithenorganisationen berieten sofort für den Abend eine Verammlung der in Betracht kommenden Arbeiter Stände ein, in welcher die Bezirksscheiter der Holzarbeiter und der Metallarbeiter nach allen Regeln arbeitgeberfeindlicher Gewerkschaftspolitik beschulten, den anderen drei Gewerkschaften zu gewinnen, was in Goldman unerschrocken für den 16. Januar eine „Sachverhaltung“ von weitestlängstem Frennis und ab 1. Februar von einem ganzen Frennis bringt.

Arbeiter, die sich famossion einem solchen Schiedspruch beugen, helfen ihrer Frauen und Kinder zu Grunde gehen und erfüllen nicht die Pflichten gegenüber den Arbeitgebern.

Neue Anpreisereforderungen, genante Steuerleistungen, weiteres prunghaftes Steigen aller anderen Preise für Verbrauchsgegenstände stehen unmittelbar bevor.

Nur den Kämpfern winkt der Sieg! Ablehnung des Schiedspruchs ist das Gebot der Stunde.

Arbeiter der Metallindustrie, bildet die kämpfende Einheitsfront.

Ein sozialdemokratischer Regierungspräsident gegen den Währungsverfall

Der Regierungspräsident von Arnberg, der Rechtssozialist Kötzig, hat die Reichsregierung mit einem neuen Weisungsgegenstand bedacht. Am 22. Dezember 1921 wird im Umkreis des Reichs folgende Verordnung erlassen:

„In den Reichsgerichten und Kassationsinstanzen des Reichsgerichtes Arnberg darf die Arbeitzeit der Weisen und Schlichter an drei Tagen der Woche bis auf 16 Stunden ausgedehnt werden, wenn dafür in den anderen drei Wochentagen die Arbeit bereits geführt wird, daß eine wöchentliche Gesamtarbeitzeit von 48 Stunden nicht überschritten wird.“

Der freigewerkschaftliche Zentralverband der Reichsgerichte hat sich in seiner Reichsversammlung an der Regierungspräsidenten selbst

gegen die Ueberforderung des Währungsverfalls durch die Reichsgerichtsmittel beschleunigt und das Eingreifen des Regierungspräsidenten gegen die Weiterarbeit gefordert. Die Eingabe blieb unbeantwortet, dagegen erließ obige Verordnung. Damit wollte jedenfalls der rechtssozialistische Regierungspräsident ein für allemal den Reichsgerichten die Möglichkeit nehmen, sich über die Richtemalung des Währungsverfalls zu beschleunigen, denn ein solcher Eingreifen ist nicht mehr für die Reichsgerichte des vorigen Regierungsjahrs.

Zunächst wußten im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz. Die Gewerkschaftsvertreter hätten durch einen (schweren) Kampf gegen die Unternehmung, die seit Monaten rückwärts auf die Positionen des Währungsverfalls hinübergegangen ist, den Reichsgerichten die Möglichkeit genommen, den Unternehmern zu Hilfe und sich gegen ihn, daß die den Demobilisationskommissionen ungeliebte Ermächtigung, Ausnahmebestimmungen zu erlassen, das geeignete Mittel ist, dem Währungsverfall das Gendü umzudrehen. Der Reichssozialist ist noch nicht tot, oder ist es die erste Folge der großen Koalition in Preußen?

Wirtschaft

Die Ruhrlohnförderung 1921

Die Förderung im Ruhrlohnförderung stellt sich für das Jahr 1921 auf 94,1 Millionen Tonnen gegen 88,2 Millionen Tonnen 1920. Es ergibt sich also eine Mehrförderung von 5,889 Millionen Tonnen. Die Mehrförderung erklärt sich zum Teil daraus, daß im ersten Vierteljahr 1921 fast 4 Millionen Tonnen mehr gefördert wurden als im ersten Vierteljahr 1920, während 1920 der Rapp-Ruß die Bergwerke lahmgelegt hatte. Im letzten Vierteljahr 1921 hat bereits wieder ein harter Rückgang der Rohproduktion eingestrichelt. Die Währungsverfall trägt für dieses Vierteljahr, verglichen mit 1920, 600.000 Tonnen.

Deutlich wird der Rückgang der Leistungsfähigkeit des Ruhrkohlenbaugebietes durch den gesunkenen Produktionsfaktor, wenn man die Zahl der Arbeiter Ende 1920 und Ende 1921 vergleicht. Sie betrug Ende 1920 532.798, Ende 1921 559.589, ist also um 26.791 gefallen. Selbst bürgerliche Zeitungen stellen deshalb fest, daß auch das vergangene Jahr „ein dem Grade der Wirtschaftskrisis entsprechende Steigerung der Förderung nicht gebracht hat.“

Wenn die Rohförderung die Reichsregierung benutzen, um von den Bergarbeitern von neuen Ueberforderungen zu fordern, so müssen die Arbeiter sich dem aus schließlich widersetzen. Der Rückgang der Förderung während des letzten Jahres hat zu einer Steigerung der Arbeitszeit geführt, die nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit ausgedrückt werden darf, sondern nur durch mehr Arbeit.

Millionengewinne der Großgrundbesitzer

In einer Verhandlung im Reichsarbeitsministerium betreffs Pachtlohnänderungen wurden von einem Verächter Dr. Rumow, interessante Angaben gemacht.

Der Bauer erhält von 100 Hektar ein 100 ha großes Gut im Pachtvertrag zum Preise von 6000 Mark. Im letzten Jahre erhöhte er den Pachtzins auf „nur“ 79.000 Mark. Trotz dieser Pachtsumme hat der Pächter in den 10 Jahren einen Gewinn von 11 1/2 Millionen Mark eingestrichelt.

Dr. Rumow betonte, er müsse die Sache vor die Steuerbehörde bringen, weil der Bauer nicht (da Rumow das Gut wieder selbst übernehmen will) für das Inventar 1 1/2 Millionen Mark fordere, das dieser für 50.000 Mark erworben hat.

Dieser Fall zeigt ebenso, wie die Grobgründer Millionengewinne in den Kriegsjahren und Pachtlohnänderungen einmillionen Millionen gewinnlos herausgegeben aus dem arbeitenden Volk, von dem große Teile an Unterernährung zu Grunde gingen. Er zeigt zweitens, wie gut die Grobgründer es verstehen, ihre Millionengewinne vor den Augen der Steuerbehörde zu verbergen. 11 1/2 Millionen bei einem Gut von 100 ha! Welche Summen ergeben sich demgemäß bei Gütern von 600 und mehr ha, wobei der Pachtzins noch sparsamer werden muß.

Diese großgründerische Einnahme fordert in ihrem pompon ausgeprägten „Schnapsplan“, steuerliche Verdrängung“, da sie kein Betriebskapital zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion zur Verfügung stellen. Sie fordern, daß das reich für die Grobgründer die Unerreichlichkeit muß entgegengesetzt werden, der Grobgründer der Arbeiterklasse die Erfüllung der Sachwerte.

Gefährdung der Volksernährung

Unter dieser Ueberhörschrift berichtet die „Deutsche Tageszeitung“ vom 22. Januar 1922, daß die Erzeugungsmöglichkeit der Getreidesämerei im Deutschen Reich auf dem Stande des Vorkriegs verbleibe, während im Ausland ein Drittel des Brenntrahls gelärt werden soll. Die Einfuhrzahlen des Schnapsbrandes bezeichnen die „D. T.“ mit — Ruinierung der Volksernährung. Natürlich wird nicht gesagt, daß Schnaps ein notwendiger Bestandteil im Leben der Ziviler ist, oder daß Schnapskonsumen gute Profile abwerfen, sondern es wird behauptet, die Ruinierung der Volksernährung befinde in der gemeinsamen Produktion des Schnaps.

Jedenfalls ist Schnaps ein gutes Futtermittel für Vieh und hebt die Quantität — nicht die Qualität — der Milchzeugung. Andererseits wird jedoch der Volksernährung ein weit größerer Schaden zugefügt durch Einfuhr des Schnaps. In Leipzig hat sich die „Deutsche Tageszeitung“ zu dem Verweise gemeldet, daß die Erzeugung der Milchproduktion durch Schnapskonsumierung in gar keinem Verhältnis.

Durch Verringerung des Schnapsbrandes wird die Volksernährung nicht gefährdet, sondern sie gebietet. Gefährdet wird der Volksernährung die reichliche in den Händen der Agrarkapitalisten nach oder teilweise sich befinden.

Vom Tage

Professor Nitsch gestorben

Leipzig, 24. Januar.

Professor Arthur Nitsch ist in der Nacht zum Dienstag am 22. Januar im Alter von 81 Jahren gestorben. Nitsch war ein hervorragender Deutscher, ein Mann des besten Willens und der höchsten Intelligenz. Nitsch, der auch als Komponist tätig war, hat in erster Linie als Dirigent berühmt. Die Leipziger Gemächthaus-Konzerter verbanden ihm einen neuen Aufschwung und über die Grenzen Leipzigs weit hinausgehende Beachtung. Nitsch hatte auch in Berlin wie in ganz Deutschland und weit darüber hinaus einen großen Ruf. In Leipzig hat er sich auch in der Reihen der Arbeiterschaft große Sympathien erworben als Dirigent verschiedener, vom dortigen Bildungsauschuß organisierter Konzerte.

Nitsch dirigierte seit Jahren die Philharmonischen Konzerte in Berlin.

Sein Auto überfahren — zwei Kinder tot. Wie der „D. A.“ aus Augsburg berichtet, wurde in Leipzig (Vogau) ein Kinderwagen überfahren. Zwei Kinder wurden getötet und zwei verletzt.

Todesurteil. Zweifelsfrei, 24. Januar. Der Schiedsrichter wird gefahren vom bürgerlichen Schiedsrichter wegen Raubmordes an den Bürgermeistern Frenner und Buss zwei mal am Tage verurteilt. Wegen Meinungs wird er ein Jahr Zuchthaus. In der Welt gehen wegen Frennermordes, der dem Angeklagten ein erfolgreiches Verbrechen.

Freiheitslauf der Elbe. Nach Meldung des „D. A.“ aus Hamburg hat sich infolge des zunehmenden Frostes das Treiben auf der Elbe so vermehrt, daß nur noch große Seebagger verkehren können. Der Frachtaufschlag unterliegt den größten Schwierigkeiten. Der Betrieb an den Kanälen ruht ganz.

Es fehlen noch 20 Mark

und dann erst, Genosse, ist Dein erster Anteil an die Produktiv-Genossenschaft voll gezahlt. Am Lohnstag komm nach der Lerchenfeldstr. 14 und erhöhe Deine Spar- und Kampfkasse.



Kommunistische Partei Deutschlands.
Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Ver sam l un gen.

Ortsverein Halle.
Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Restaurant „Blauer Stern“: **Diffrichterversammlung.** Referent H. am Ende.

Diffricht 13. Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Restaurant „Blauer Stern“: **Diffrichterversammlung.** Referent H. am Ende.

Diffricht 16. Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, in der „Quelle“, Neißestraße 122: **Diffrichterversammlung.** Alle hundert- und zweihundertkassierer eine halbe Stunde früher.

Diffricht 18. Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im „Rohlpark“: **Diffrichterversammlung.**

Diffricht 22 (Augspl.) Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Restaurant „Wetter“: **Zusammenkunft aller Parteigruppen und -gruppenleiter zur Gründung des Diffrichts.** Referent H. am Ende. Jedes Mitglied muß es sich zur Pflicht machen, in der ersten fünfzehntägigen Zusammenkunft zu erscheinen. Mitglieder, die sich aus besonderen Umständen nicht an der Zusammenkunft beteiligen können, werden für die Zusammenkunft gelöst werden.

Unterbezirk Halle-Saalekreis.
Hilberg-Wilmig. Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Hotel „Rauhenstein“ in Wilmig: **Definitive Besprechung.** Thema: Der Streiktag und die Organisation der Arbeit und der Arbeit. Referent: Genosse H. am Ende.

Ummendorf. Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in Ledermanns Hotel „Wittlicher-Veranstaltung.“ Wohnungs- und Arbeitsangelegenheiten. Mitglieder sind mitzubringen. Einleitend Vortrag des Gen. Wehr (Halle).

Dornstedt-Stadten-Wenddorf. Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Hotel „Zur Sonne“: **Wittlicher-Veranstaltung.** Thema: Die Wohnung und die Aufgaben unserer Partei. Referent: Gen. Schmidt (Halle).

Wittlicher-Terman. Donnerstag, den 26. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Hotel „Zur Sonne“: **Definitive Besprechung.** Thema: Mit dem Ausgang der Witterungsverhältnisse soll die Hygiene beobachtet werden. Referent: Genosse C. Wehr (Halle).

Wittenberg. Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, bei der „Quelle“, Neißestraße 122: **Definitive Besprechung.** Referent: Genosse H. am Ende.

Unterbezirk Wittenberg-Saalekreis.
Elber a. d. Elbe. Mittwoch, den 25. Januar: **Definitive Besprechung.** Referent: Genosse Dorn.

Elber a. d. Saale. Freitag, den 27. Januar: **Definitive Besprechung.** Referent: Genosse Dorn.

Jörbig. Donnerstag, den 26. Januar: **Definitive Besprechung.** Thema: Die Lage der Partei. Referent: Genosse Dorn.

Schiffa. Donnerstag, den 26. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Ummendorf“: **Große öffentliche Besprechung.** Thema: Die Forderung der Arbeiterpartei und der Kampf der gesamten Arbeiterklasse. Referent: Gen. Schmidt (Halle).

Sonst. Samstag, den 25. Januar: **Definitive Besprechung.** Referent: Genosse Dorn.

Gen.-Bezirk. Samstag, den 25. Januar: **Definitive Besprechung.** Referent: Genosse Dorn.

Unterbezirk Zorge-Elbe-Kreis.
Reudersdorf-Buchhammer. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 10 Uhr, im „Waldhof zum Stern“: **Partei-Konferenz im Reudersdorf-Buchhammer.** Tagesordnung: 1. Die Lage in der Partei. 2. Schlussanträge zur Zusammenkunft von Halle im nächsten 2. Parteitagungsorganisations-

Unterbezirk Merseburg.
Reudersdorf. Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Hotel „Stadt Leipzig“: **Große öffentliche Besprechung.** Thema: Die neuesten politischen Ereignisse. Referent: Parteigruppenleiter Georg Schumann, Halle.

Gen.-Bezirk. Donnerstag, den 26. Januar, abends 7 1/2 Uhr: **Definitive Besprechung.**

Dierberg. Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 Uhr, bei der „Quelle“, Neißestraße 122: **Definitive Besprechung.**

Unterbezirk Naumburg-Weißenfels-Geb.
Lützenburg. Samstag, den 28. Januar, abends 7 Uhr: **Definitive Besprechung.** Thema: Die politische Lage und die Bedeutung der Arbeiterpartei. Ref.: Schmidt, Lützenburg.

Süd-Halle. Samstag, den 28. Januar, abends 8 Uhr: **Wittlicher-Veranstaltung.** Thema: Die Lage in der Partei. Referent: Schuppe, Weißenfels.

Schramm. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 10 Uhr: **Definitive Besprechung.** Thema: Die politische Lage. Referent: Gen. Schmidt, Dierberg.

Jeiß. Freitag, den 27. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Stern-Neuhaus, Wittenberg: **Große öffentliche Besprechung.**

Jeiß. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 10 Uhr, im Hotel „Stadt Leipzig“: **Einigung aller Beiräte der Ortsgruppen des Jeißer Bezirkes.** Jede Ortsgruppe muß vertreten sein wegen wichtiger Tagesordnung.

Unterbezirk Sangerhausen.
Blantenheim. Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im „Wunder Restaurant“: **Wittlicher-Veranstaltung.** (Referent.)

Der singende Kerker
Dichtungen aus der Haft von Otto Kilian, mit Zeichnungen von Martin Knauffe
soeben im Neudruck erschienen
und zum Preise von 4 Mk. zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Harz 42-44, die Austräger des „Klassenkampf“ und die Literaturabteilung der Kommunistischen Partei.
Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42-44.

Inventur = Nur kurze Zeit!

Musverkauf!

Solange der Vorrat reicht, kommen Riesensparten zum Verkauf.

Einlaghemden	69 ⁰⁰	Damen-Strümpfe	Doppelsteife	14 ⁵⁰
Normalhemden	59 ⁰⁰	Fühlige	Doberje	8,75
Arbeitshemden	49 ⁰⁰	Reformhosen		59 ⁰⁰
Gefüt. Unterhosen	69 ⁰⁰	Schleier-Beinkleider		39 ⁷⁵
Gefüt. Hemden	69 ⁰⁰	Unterhosen		39 ⁰⁰
Socken	13,50	Kopftücher		13,50
Sportsocken - Strümpfe	9,50	Kinnlagertücher		78,00
Sportstrümpfe usw. usw.	69 ⁰⁰	Schürzen, Kinder-Tritts usw.		65 ⁰⁰

Wunderbar! Kleiner Verkauf!
Großer Umfang! Kleiner Verkauf!

Reitmäntel, Sandstrümpfe, Schlaftdecken, Bettdecken, Strickwecken, Sweater, weig und farbige, 39-49-59-69, Reitkoffer, Wolle 1/2 Pfund 14⁵⁰

Wäsche- u. Wollwaren-Lager en gros u. en detail
Ede Jägerstraße. Große Ulrichstraße 25. Ede Jägerstraße.

Werbt für den „Klassenkampf“

Leffingstraße Nr. 28!
bekommt man die reichsten Preise. Für Heberzeugung macht wahr.

Reifen bis 100.— **Lumpen** (unsortiert) bis 1,60
Zusätzlich kaufen wir Bein- und Gefäßfasern.

J. Wilsdorf & Co.
Reelles Geschäft. Raris genügt bei Abholung. Höchste Preise.

Schuhmacher- Bedarfs- Artikel, Maß- Schäfte, Lederhosen, billige Preise.
J. Koch, Leipzigerstr. 16, Ede Str. Sandberg, 335

Reparaturen an Uhren
Lohns Golds- und Silberuhren, feinsten u. schmalen Übermutter bei jeder Ausführung normal. Preis.

F. Vermer, 14 Uhren-Reparatur- Werkstatt, Gr. Ulrichstraße 33 (gegenüber Postgebäude).

Gummi-Platin
Abzüge und -sohlen billiger u. haltbarer als Leder.
C. Klappenbach, Gr. Ulrichstraße 41.

Fußbälle
Spezialität: Marke „Lohnd“ von „Kronen“-Lehrerturnier über anerkannt erstklassig!

Jungmann - Bälle
Sportgeräte, Fußballbälle, Jugendbälle, Solide Marke, Große Auswahl.

J. Schärer & Cie.
Heile (Saale), Große Ulrichstraße 40, (Gangung Kaufmanns).

Recht Zigarren, Zigaretten
bei großer Auswahl billiger im Zigarrenhaus 40
Schmied, Krutzenbergstr. 25.

Chrenenerklärung.
Die Erklärung gegen Art. 23 des Statuts nehme ich zurück und erkläre diese für beendet.
M. Schlegel, Leipzigerstr. 27.

E. Brand und H. Walecki
Der **Kommunismus in Polen**
(Drei Jahre Kampf auf vorgeschobenem Posten)
Inhalt: Gründung der Partei - Die ersten Kämpfe - Die Formen der Bewegung - Gegen den Krieg - Die polnische Sozialverrückerei - Polen nach dem Kriege - Neue Kämpfe, neue Aufgaben - Die kommunistische Arbeiterpartei Polens und die Internationale - 85 Seiten
Preis: Mk. 7.—, Organisationsausgabe: Mk. 5.—
Zu beziehen durch:
Verlag Carl Hoym Nachf., Leipzig
Verlag Carl Hoym Nachf., Cakabioy, Hamburg,
alle Buchhandlungen und Auslieferungswesen der KPD.

ZOO. ZOO.
Donnerstag, den 26. Januar 1922, abends 7 1/2 Uhr:
3. Geselliger Abend
für Dauerarmenhaber.
Konzert.
Vortrag mit Einblenden, Dr. Knieße:
„Ereignisse aus dem Tierreich.“
Tanz.
Dauerarmenhaber frei Karten für Verwandte und Bekannte 6.— Mark. Kinder haben keinen Zutritt.
(Gefellenspaar, Guterabend)

Militär - Schaff - Schniefschuhe,
getragen, aber noch zu erhalten, verkauft zu billigen Preisen
3. Sternhilt, Alter Markt 11.

KOSMOS
Gesellschaft der Naturfreunde
bietet für jedermann einen
billigen und guten Lesesoff
Belehrend - Unterhaltend
Jedes Mitglied erhält bei dem Vierteljahresbeitrag von
nur Mk. 12⁵⁰
Hars
Jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und
4 gute Bücher erster Schriftsteller
Anmeldung durch die
Volksbuchhandlung Halle a. d. S.
Bezirksbuchhandl., Halle a. d. S.
Lerchenfeldstr. 14.

Stadt-Theater.
Donnerstag, den 26. Januar 1922, Anfang 7 1/2, Ende 9 1/2 Uhr:
Tiefeland.
Freitag: Erstaufführung
Schwanzweil.
Märchenoper von Stinberg.
Sollisches
Operetten-Theater
am Theaterplatz (Zentrum 6183)
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Bettler aus Dingsda.
Operette von Eduard Künnele.
Vorverkauf täglich von 11/10 bis 1 Uhr, und ab 5 Uhr nachh. an der Theaterkasse.
Edison-Theater
Donnerstag bis Samstag:
Der Todessturz v. Wärlzma
Schneeoperette in 5 Akten.
Erstaufführung am Freitag, den 27. Januar.

Abbruch!
Wilmersdorf, Wilmersdorf Str. 21.
50 Ztr. Brennholz und Bohlen
losgert zu verkaufen. 356
G. Lindner.

Bekanntmachung.
Frau Friederike Dornbach geb. Weper und der Maurer Louis Schöge, beide in Halle wohnend, bestreiten auf ihren Grundstücken an der Berliner Straße (Grundbuch von Halle, Bd. 234, Blatt Nr. 9512 und 9514) je ein Wohnhaus zu errichten. Sie haben hierzu die Grundbesitzung nachgeliefert. Gemäß § 113 des Gesetzes über die Grundbesitzung neuer Festsetzungen vom 26. August 1876 (Gesetzblatt Seite 484), in der Fassung des Gesetzes vom 10. August 1904 (Gesetzblatt Seite 227), bringen wir dieses zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerken, daß gegen die nachgehende Genehmigung von der Eigentümerin, Wohnungsgenossenschaft und Nachbarn der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Frist von 21 Tagen bei der Kreisverwalt. hiesiger Gegend erhoben werden kann. Der Einpruch kann nur durch Zustellung begründet werden, welche die Annahme rechtfertigt, daß die Festsetzungen dem Geist der Festsetzungen widersprechen. Grundbesitzung aus der Grundbesitzung, aus dem Grundbesitz, der Jagd oder der Fischerei gebildet werden.
Die Anträge auf Genehmigung, die Grundbesitzung und die Zeichnungen über die geplanten Arbeiten der Frau Dornbach und des Maurers Schöge liegen während der Dienststunden im Polizeiamtshaus, Dreuhauptstraße 4, 1. Etage, Zimmer 44, zur Einsicht aus.
Halle, den 23. Januar 1922.
Der Magistrat.

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber Vater, Großvater und Schwiegervater
August Spatzier
nach langem Leiden im Alter von 63 Jahren verstorben ist.
Dieses geigen siebesteht an:
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Einsegnung findet am Sonnabend, dem 28. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Bestattungsfriedhof statt.

KPD. Ortsgruppe Halle.
Am Montag, dem 23. Januar 1922 starb nach langem Leiden unser Mitglied der Arbeiter
August Spatzier
im Alter von 63 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!
Der Vorstand.

Aus der Provinz

Der Konflikt im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

Ein bezeichnender Akt der Großenmagaten

Die bisher fortgeführten Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien über einen neuen Mantelvertrag führten, wie bereits hier berichtet, zu keiner Fortbewegung. Am 19. Januar 1922 wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Die Arbeiter forderten, weil über je 2 grundsätzliche Fragen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber keine Einigung möglich war. Begreifbar waren vor allen Dingen eine Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit und eine wesentliche Kürzung der Löhne für die Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 15 bis 21 Jahren. Die Arbeitnehmer forderten die Aufhebung der Anwartschaften vom Bezug der vereinbarten Sozialhilfe und Rückzahlung für Lohnverlust. Außerdem die Anerkennung, daß Streiks und Ausperrungen, die von den vertraglich bindenden Parteien anerkannt sind, nicht als Arbeitsunterbrechung gelten.

Wie sehr sich die Unternehmer verweigerten auf Kampf durch Spaltungserfolge in der Arbeiterfront, ist am besten aus dem Ausblick zu erkennen, den die Arbeitgeber ihren Belegschaften sofort bekanntgegeben haben:

„Die Vertreter der am Tarifvertrag für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Gewerkschaften haben bei der Verhandlung über den von ihnen geforderten Mantelvertrag die Forderung erhoben, daß Arbeitnehmer, die nicht einer der vertraglich bindenden Gewerkschaft angehören, Auslands- und Kinderlohn sowie Urlaubsgeld nicht gezahlt werden dürfen. Die Arbeitgeber haben diese Forderung abgelehnt, da eine solche Vereinbarung nach Artikel 166 der Reichsverfassung rechtswidrig ist und die Koalitionsfreiheit des einzelnen unzulässig beschränkt. Die Arbeitgeber haben vorgeschlagen, diese Frage sowie die Frage der Arbeitszeit über Tage einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Die Vertreter der Gewerkschaften haben dieses abgelehnt.“

Wir erwarten von dem führenden Sinne unserer Belegschaften, daß sie die Berechtigung unserer Stellungnahme anerkennen und den beschuldigten unehrenhaften Eingriff in die persönliche Freiheit des einzelnen nicht zugeben werden, zumal über die sonst freilich Fragen eine Verständigung möglich erscheint.“

Ob es im gesamten mitteldeutschen Bergbau wegen dieser Streitfragen zum offenen Kampf kommen wird, hängt von der in Aussicht gestellten Antwort der Arbeitgeber ab.

Für die Arbeiterschaft im Bergbau gilt es jetzt, bereit zu sein und den eventuellen Kämpfen mit Entschlossenheit entgegenzutreten.

Am nächsten Sonntag findet in Leipzig eine Konferenz sämtlicher Funktionäre der am Tarifvertrag der Bergarbeiter Mitteldeutschlands beteiligten Verbände statt. Sie wird über die weitere Fortführung der Bewegung beschließen, die über 150.000 Arbeiter umfaßt.

„Ihre Kinder können verreken!“

Schwere Beschuldigungen gegen den Landgerichtsdirektor Hagen in Naumburg.

Wie gestern bereits kurz mitgeteilt, fand hier die in Naumburg vor der Strafkammer eine Verhandlung statt, wegen Verleumdung der Naumburger und Salzfischen Wälder, durch einen Redakteur des Zeiger unabhängigen „Kasselerboten“. Diese Verhandlung gestaltete sich insofern noch interessant, als der Angeklagte unsere Genossin Hedwig Krüger (Halle) hatte laden lassen, die Aussagen sollte, in welcher ungetreuer Weise die Urteile der Sondergerichte gefälscht worden seien. Dabei fand nach der „Halle-Zeitung“ folgende Auseinandersetzung statt:

In der Verhandlung erklärte Frau Krüger: Ich war schon verurteilt, als ich auf der Angeklagten lag nachkam.

Vorjüngender: Wollen Sie damit sagen, man hätte Sie zu Ihrer Verteidigung nicht hören lassen?

Frau Krüger: Das gerade nicht, aber ich konnte sagen, was ich wollte, es half mir alles nichts. Ich hatte ein Mißverständnis, das mich mit Ihnen geseit, mich zu verzeihen. Das Mißverständnis hatte ich persönlich in meiner Kleiderkammer mitgenommen. Ich hatte es mit verstoßen zu einer Frau, meiner Magerlein abgehoben, da mir gesagt worden war, Artikel befindet sich in den meisten Tagesblätter. Der Arzt, dem ich es im Besonderen gab, sagte, es sei bei mir ebenso gut aufgehoben. Ich bin wegen des Kräftes in schwerer Weise vermindert worden, ohne eigene Schuld.

Weiter beschuldigte Frau Krüger den Inspektor Graf in Naumburg des Meineides. Direktor Hagen vom Landgericht der Sachverhalte. Sie hätte nicht gebeten, wegen ihrer Kinder, von denen eines tödlich, eines krank gewesen sei, freigesprochen zu werden. Darauf habe Direktor Hagen geantwortet: Ihre Kinder können verreken, es geht jetzt um höhere Güter. Darauf aufmerksam gemacht, daß sie diese Worte beschwören müsse, hielt sie bei dieser Beschuldigung. Landgerichtsdirektor Hagen bezog eine Erklärung unter Eid, diese oder ähnliche Worte nicht gebraucht zu haben.

Der Verteidiger stellte Verlegungsantrag. Dieser wurde abgelehnt. Die Begün Krüger behauptet ihre Aussagen als wahr, nachdem der Antrag, sie nicht zu verurteilen, vorgelegt geblieben war.

Es ist also wahrscheinlich, daß die Angelegenheit noch ein Nachspiel bekommt, denn hier steht es gegen die. Wir enthalten uns deshalb vorläufig jeden Kommentars.

Konferenz der SPD. im Bodmer-Ländchen

am Sonntag, dem 29. Januar, vormittags 10 Uhr, im Golfhof „Zum Stern“ in Naumburg-Lautschhammer. Tagesordnung: 1. Die Lage in der Partei. 2. Stellungnahme zur Vätertagsspende von Halle im Ländchen. 3. Parteiangelegenheiten.

Mitglied sämtlicher Genossen und Genossinnen ist es zu dieser Konferenz zu erscheinen.

Veranlassungen der A. Halle-Merzberg

vom 28. - 31. Januar 1922.
Gruppe Halle-Zentrum: Freitag, den 27. Januar: Vortrag in der Schillerstraße. Sonntag, den 29. Januar: Treffen im Heim 47 Uhr. Dienstag, den 31. Januar: Turnabend in der Germaniastraße.

Unterbezirk Halle-Saalekreis: Gruppe Halle-Süd: Freitag, den 27. Januar: Kneipabend, Wiederabend in der Torstraße. Sonntag, den 29. Januar: Fahrt ins Klauen. Dienstag, den 31. Januar: Turnabend in der Germaniastraße. Gruppe Halle-Nord: Donnerstag, den 26. Januar: Funktionärsabend. Freitag, den 27. Januar: Vortrag: „Die Wälder in der Bewegung“. Sonntag, den 29. Januar: Fahrt nach Weßeln. Dienstag, den 31. Januar: Turnen.

Gruppe Weßeln: Freitag, den 27. Januar: Spielabend, Freizeitspiel. Mittwoch, den 25. Januar: Diskussionsabend. Der Jungen Gruppe: Gruppe Saale: Donnerstag, den 28. Januar: Vortrag. Sonntag, den 29. Januar: Mittwochsabend. Gruppe Buchholz: Donnerstag, den 26. Januar: Funktionärsabend. Sonntag, den 28. Januar: Diskussionsabend. Gruppe Köhlberg-Waßmühl: Sonntag, den 28. Januar: Volksabend. Dienstag, den 31. Januar: Monatsversammlung. Gruppe Schöberle: Freitag, den 27. Januar: Diskussionsabend.

Unterbezirk Bitterfeld: Gruppe Delitzsch: Freitag, den 27. Januar: Fortsetzung von Bebel's Bericht. Sonntag, den 29. Januar: Unterhaltungsabend. Dienstag, den 31. Januar: Diskussionsabend über Bildungsfragen. Gruppe Bitterfeld: Sonntag, den 29. Januar: Wanderung nach Neuhof-Weiß. Umrahmt vom „Jugendkommando“ 9 Uhr. Dienstag, den 31. Januar: Reklamationsabend.

In den Unterbezirken Halle-Saalekreis, Weissenfels und Wittenberg finden am Sonntag, dem 29. Januar, für alle Gruppen Funktionäre eine Tagung statt. Tagungsort am Lokal find folgende: Unterbezirk Halle-Saalekreis in Halle, Rauchzimmer des „Volksparates“. Unterbezirk Weissenfels in Weissenfels, händliches Jugendheim (Altes Kloster). Unterbezirk Wittenberg in Remberg, „Volksbaus“. Beginn aller Kurse früh 9 Uhr, Stundenplan 9 bis 11 Uhr, Grundzüge der Bildungsarbeit, 11 bis 12 Uhr, Praktische Bildungsarbeit in unserer Organisation. 1 bis 2 1/2 Uhr, Politik und Sozialpolitik. 3 bis 6 Uhr, Einreden von Volkstagen und Gesellschaftspartnern.

Wir erwarten von allen Gruppen, daß sofort die Wahlen von Delegierten vorgenommen werden, wenn dies noch nicht geschehen ist. Wenn möglich, auch Genossinnen beteiligen, damit die erlebten Vorkämpfer (in der eigenen Gruppe) gewählt werden können. Im übrigen sollten am Sonntag die Delegierten der verschiedenen Gruppen, auch andere interessierte Mitglieder am Kursus teilnehmen. — Der Stundenplan wird erst, nach dem die praktische Fragen der Durchführung unseres Programmes und der Grundlage des Gruppenlebens überhaupt diskutiert werden soll. Die vielen unserer Gruppen bedürfen gerade hier nach der größten Hilfe der Ortsgruppen, die am Sonntag ein größeres sein, als bei unserer Kursus im November. Wir erwarten, daß alle Gruppen vertreten sind.

Dieagitierung der A. Halle-Merzberg.

Ferienordnung 1922

Für das Schuljahr 1922-23 sind in allen Orten mit höheren Schulen der Schulferien innerhalb der Provinz Sachsen die Ferien wie folgt festgelegt worden: Osterferien von Mittwoch, 5. April, bis Donnerstag, 20. April; Pfingstferien von Freitag, 2. Juni, bis Freitag, 9. Juni; Sommerferien von Freitag, 7. Juli, bis Dienstag, 8. August; Herbstferien von Sonntag, 30. September, bis Dienstag, 17. Oktober; Weihnachtferien von Donnerstag, 21. Dezember, bis Donnerstag, 4. Januar. Die angeführten Tage bezeichnen jedoch das Gelingen und Wiederbeginn des Unterrichts. Am 5. April findet nur Abschluß und Zeugnisausverteilung statt, am 2. und 7. Juli ist der Unterricht völlig zu unterbrechen. Am 20. September und 21. Dezember findet der Unterricht um 11 Uhr. In den Orten ohne höhere Lehranstalten sind die Sommer- und Herbstferien mit zusammen 47 Tagen nach den örtlichen Verhältnissen zu verteilen und festzulegen, die übrigen Ferien sind wie oben angegeben.

Nochmals die Ferienfrage im Baugewerbe

Von der Ortsverwaltung Halle des Deutschen Bauarbeiterverbandes wird uns gefolgt:

Am 8. Dezember 1920 wurde zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern eine Vereinbarung getroffen, wonach diejenigen Arbeiter, die 40 Wochen ununterbrochen in demselben Geschäft gearbeitet haben, Anspruch auf 2 Wochen Ferien (Beurlaubung unter Fortzahlung des Tariflohnes) haben. Im März 21 dieser Vereinbarung ist dann gefolgt: „Zurückzuführen Arbeitsüberlegungen gelten als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses“. Als am Grund dieser Vereinbarung die Arbeiter ihre Ferien antreten wollten, wurde der sogenannte „Kasselpolitik“ von den Arbeitgebern als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses angesehen und demzufolge die Ferien verweigert.

Mit dieser Auslegung hatte sich das Tarifamt für das Baugewerbe in einer Sitzung am 23. Dezember 1921 zu beschließen, und nach langer Beratung kam es zu nachfolgendem Beschluß: „Das Tarifamt stellt fest, daß nach den übereinstimmenden Erklärungen der Parteien, auch der Arbeitgeber, der auf einer anderen Stelle die höchsten Lohnforderungen entgegenstellt, aber sich dazu zur Verfügung gestellt hat, Anspruch auf Ferien hat gemäß der getroffenen Vereinbarung.“

Im übrigen hält es das Tarifamt nach der besonderen Lage des Falles für angezeigt, daß die Vertragsparteien in eine unvermeidliche Verbindung der seiner Zeit nicht erörterten Frage einmünden, ob die Winterferien 1921 an sich generell bei der Prüfung der Frage von Ferienübertragung zu berücksichtigen sind oder ob nicht die Ferienfrage, wie dies an sich nach der getroffenen Vereinbarung zu erfolgen hat, von Fall zu Fall zu regeln ist, unter wachsender Berücksichtigung der Frage, ob die Arbeitsübertragung durch unüberbrückbaren Zwang von außen veranlaßt worden ist.“

Das mit diesem Beschluß des Tarifamtes, die Arbeiter nach nicht in den Genuss von Ferien kommen, lautet noch ein. Es bedürft erst nach einer Anregung von Arbeitnehmervertretern, um noch einmal über die ganze Materie zu verhandeln. Das geschah am 2. Januar. Zum besseren Verständnis für andere Kollegen sollen wir die Vereinbarung in ihrem Wortlaut folgen:

Aussatz aus dem Protokoll:

a) Der Antrag lautete in dem Inhalt zu der Vereinbarung vom 8. Dezember 1921 über die Ferienfrage, er lautet: „Durch Tarifamt fest festgelegt werden, ob ein Streit tarifmäßig oder nicht tarifmäßig ist.“ Dieser Antrag wird von beiden Parteien angenommen. Das Tarifamt hat dabei die übereinstimmende Ansicht beider Parteien über Tarifmäßigkeit zugrunde zu legen. Dieses lautet: „Die Parteien sind sich einig, daß Tarifmäßigkeit dann vorliegt, wenn, ohne die Tarifinstanzen zu erschöpfen, zum Streit oder zur Aufsperrung gezwungen wird. Der fordernde Teil hat bei der Tarifprüfung den Antrag zu stellen.“

b) Zu dem Streit im März 1921 erklären die Arbeitgeber, daß sie durch eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gründen und daß demgegenüber sie eine Verpflichtung zur Ferienübertragung oder Ferienentschädigung an Mitarbeiter nicht besteht.

Der Beiratsvorsitz für das Baugewerbe verpflichtet sich jedoch, seinen Verhandlungsführern dringend zu empfehlen, bei allen denjenigen Stellen, Bauhilfsarbeiten, Maschinen, Tiefbauarbeiten und anderen mit Ausnahme von denjenigen, wo das oben genannte Beschäftigt waren, keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses ans Anlaß des Winterurlaubes anzunehmen, mo die Unterbrechung nicht mehr als 10 Kalendertage (vom 23. März bis 1. April einschließlich) betragen hat. Anfang der Wiederaufnahme der Arbeit am 16. April 1921.

Wie aus dem Protokoll festzustellen ist, betraf die Frist 21 Kalendertage (vom 23. März bis 15. April einschließlich). Anfang der Wiederaufnahme der Arbeit am 16. April 1921.

Dazu werden folgende Grundzüge aufgestellt: a) Diejenigen Ferien- oder Ferienentschädigungs-Empfänger erhalten diese mit einer zehntägigen Arbeitsübertragung nach dem Wohnort vom September, soweit es sich um Arbeitnehmer handelt, welche am Streit im März 1921 teilgenommen haben oder während dieser Zeit der Arbeit ferngeblieben sind oder entlassen waren.

b) Diejenigen Ferien- oder Ferienentschädigungs-Empfänger, welche ununterbrochen in demselben Geschäft bis zum 30. September 1921 beschäftigt gewesen sind und auf die a) nicht zutrifft, erhalten die Vergütung resp. die Ferien nach der Vereinbarung vom 8. Dezember 1921. Beide Parteien geben die heutige Vereinbarung ihren Mitgliedern schriftlich bekannt.

Angenommen, und beide Parteien verpflichten sich, für Annahme bei den Berufsgeoffenen dringlich einzutreten.

Unterstützten. Wie aus dem letzten Absatz zu ersehen ist, behielten die vorliegende Vereinbarung nach der Zustimmung der Parteien. Wenn auch nicht voll befristet, haben die hiesigen Kollegen in der Vereinbarung am 11. Januar doch ihre Zustimmung. Auf telefonische Anfrage im Bureau des Arbeiterverbandes, wurde uns die Mitteilung, daß die Mitglieder derselben ihre Zustimmung zu der Vereinbarung in der Generalversammlung am 19. Januar gegeben hätten.

Zur Regelung der Ferienfrage haben sich die Baulegitimierten sofort mit ihrem Arbeitgeber in Verbindung zu setzen, um nun endlich die so viel umstrittene Frage zum Abschluß zu bringen. Wir müssen sehr wohl, daß durch diese Vereinbarung mancher Kollegen um die Ferien gestellt wird, und das trifft im reichsten Maße für die im Genauen Beschäftigten zu. Nach zu erreichen war leider zurzeit nicht möglich.

Merzberg

Landrat Guesche befragt! In der letzten Kreisabstimmung wurde bekanntlich die Wahl des neuen Landrats vorgenommen. Es kam aber zu keinem endgültigen Ergebnis, da acht Stimmen aus den bisherigen kommissarischen Landrat Guesche (Rechtssozialist), acht Stimmen aus den Genossen Rifen und acht Stimmen aus den Bürgerlichen Rifen entfielen. Die Entscheidung war damit in die Hände des Staatsministeriums gelegt. Und Guesche meldet bereits, daß sich Genseric für seinen Parteimitglied Guesche entschieden hat und letzterer endgültig zum Staatsministerium befragt worden ist. Uns fällt weiter nichts auf, als daß die Befragung sehr rasch vor sich ging.

Delitzsch

Öffentliche Verammlung. Am Donnerstag, dem 26. Januar, 7 1/2 Uhr abends, findet im „Rindenschopf“ eine große öffentliche Jugend- und Gewerkschaftsversammlung statt, mit dem Thema: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterjugend und der Kampf der gesamten Arbeiterklasse“. Referenten vom Jugend- und Gewerkschaftsamt. — Arbeiterkriterien und Arbeiterjugend, erscheint in Naumburg; James Gutz am uns zum einseitigen Kampf um unser Recht!

Bitterfeld

Metallarbeiter der Zohlfelle Bitterfeld! Freitag, den 27. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet im „Bürgergarten“ unsere ordentliche Generalversammlung statt. Wünschenswertes Erscheinen der Kollegen ist im Anbetracht der Tagesordnung unbedingt erforderlich.

Telnitz

Erzieren! Auf der Landstraße nach Bobb fand man vormittags die Leiche eines Unbekannten neben einem Handwagen liegend. Der Mann war offenbar vor Erschöpfung zusammengebrochen und ertrunken.

Halberstadt

Eine Schießerei im Straßammeraal. Vor der ersten Strafkammer hatten sich am Sonntagabend eine Reihe Angelegter wegen eines in Dornburg verübten Jüderdiebstahls zu verantworten. Als der unter ihnen befindliche Gekerkte Paul Manßen aus Dornburg sagte, daß er 1 1/2 Jahre Gefängnis erhalten hätte und sofort in Haft genommen werden sollte, sah er in höchster Aufregung eine Selbstbeschuldigung vor der Taube und schob damit in der Richtung der Eingangstür in den Zuschauerraum hinein. Der in der Schußrichtung stehende Polizeiamtmeister Wilm wurde beinahe getroffen worden. Dem zweiten Schuß wurde Manßen auf sich selbst abgeben, aber der Waffe schloß zu versagen. Im nächsten Augenblick hatten die anwesenden Justizamtmeister dem Mann die Waffe entnommen. Trotzdem der Schuß nicht tödlich war, ist niemand verletzt worden.

Magdeburg

14 Millionen Defizit im sächsischen Etat. Ein Budgetvergleich der Staatsverwaltung zeigt sich auf über 65 Millionen. Da schon im Haupthaushalt 20 Millionen ungedeckt bleiben, so fehlen jetzt 85 Millionen. An Steuererträgen entfallen durch höhere Steuern, Kassen- und Zollpreise 3 1/2 Millionen. Die Gewerbesteuer erbrachte statt angenommenen 20 und 45 Millionen, vom Reich erwartet man 7 1/2 Millionen nachträglich. Trotzdem bleiben völlig ungedeckt über 14 Millionen, für die feierliche Deckung vorhanden ist.



Durch Tutzbarmachung von in vieljähriger Praxis erworbener Erfahrung vermögen wir in unseren

Salem Aleikum Salem Gold Zigaretten

ein Fabrikat zu bieten, welches auch den anspruchsvollsten Raucher befriedigt. Die bemerkenswertesten Eigenschaften unserer Erzeugnisse sind milder, reiner Geschmack, würziges Aroma, Bekömmlichkeit.

Preis für Salem Aleikum u. Salem Gold Zigaretten:

Nr.	50	60	80	100
	50	60	80	100
	Pfg. d. Stck.			
	Cavalier 100, Cabinet 150, Auslese 200 Pfg.			
	Ermäßigungen in den besseren Zigarrengeschäften.			

